Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zur Großen Anfrag der CDU-Fraktion "Jugendliche und junge Menschen in Brandenburg"

- Es gilt das gesprochene Wort!

[Anrede]

Viel geschrieben, aber leider doch nicht viel gewonnen! Wenn auch deutlich mehr, als in eine 3-Minuten-Rede passt. Also nur ein paar Schaglichter:

- 1. Gute Bildungsangebote geben Perspektive, um im Land zu bleiben! Hier bleibt viel zu tun, in Zeiten, in denen Ausbildungsangebote an den OSZs gestrichen werden, die Abbrecherzahlen bei den Auszubildenden von 8,8% auf 13,5% steigen und Brandenburg leider immer noch auf dem 5. letzten Platz bei den Schulabgängern ohne Abschluss verweilt. Von der schlechten Hochschulausstattung mal ganz zu schweigen. Positiv sind die Anstrengungen zu mehr kultureller Bildung, wenn auch tröpfchenweise, und das Programm IOS jetzt INISEK. Eine modulare Gestaltung der Ausbildung könnte vielleicht mehr Attraktivität und Flexibilität bringen.
- 2. Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten schaffen Identifikation. Hier lesen wir noch erheblichen Nachbesserungsbedarf. Lediglich die Freiwillige Feuerwehr und der Sport reichen als Ankerpunkte nicht aus. Um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen haben die Jugendverbände eine Schlüsselfunktion. Wer sich schon zu seiner Jugendzeit engagiert, diskutiert und Spaß gehabt hat, wird dies sehr wahrscheinlich auch in seinem weiteren Leben machen, dort, wo diese Möglichkeit geboten wird. Die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



Jugendbildungsstätten leisten hervorragende Arbeit, haben aber leider für die Landesregierung hier überhaupt keine Rolle gespielt. Der Landesjugendring will jedem Brandenburger Jugendlichen einmal im Leben eine mindestens 3-tägige Bildungsmaßnahme ermöglichen. Keine vermessene Forderung, angesichts der Erfahrungen, die Kinder dort machen können, jenseits der festgefahrenen Cliquen in der Schule, jenseits des gewohnten Familienumfelds! Der Landesjugendring ist aber leider beim Doppelhaushalt mit dieser Forderung gescheitert.

Wir kämpfen schon seit Jahren dafür, die Kinder- und Jugendbeteiligung endlich analog zu Schleswig-Holstein in der Kommunalverfassung zur Pflichtaufgabe zu machen. Jetzt erklärt die Landesregierung mal wieder, dass sie das nicht will. Welch großartiger Beitrag, um Jugendliche und junge Menschen für ihr Brandenburg zu begeistern! Da war es doch bequem, das Wahlalter auf 16 abzusenken und gleich mal die Mittel für die Propagierung desselben um 50% zu reduzieren.

3. gibt es weiter für Jugendliche große Mängel bei der ÖPNV-Anbindung und flächendeckendem Internet.

Viele dieser Defizite sind seit Jahren bekannt, trotzdem ändert sich wenig. Da wird wohl noch manche Jugendgeneration groß werden, mit wenig verbesserten Perspektiven.